



Haushalt 2024: Antrag der SPD Kreistagsfraktion; Tierschutz im Kreis stärken- Tierschutzberatung zur Haustierhaltung

VO/2023/493	Fraktionsantrag
öffentlich	Datum: 22.11.2023
<i>FD 2.2 Umwelt</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Emma Hennings

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
23.11.2023	Umwelt- und Bauausschuss (Beratung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Beschlussvorschlag

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag für die Tierschutzberatung zur Haustierhaltung einen Betrag in Höhe von 20.000 € in den Haushalt einzustellen.

Sachverhalt

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage.

Relevanz für den Klimaschutz

Finanzielle Auswirkungen

20.000 € (Teilhaushalt 122120 „Ordnungsaufgaben Veterinäraufsicht“).

Anlage/n:

1	2023_11_20_Antrag_UBA_Tierschutz stärken, Antrag 3
---	--



An
die Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
Frau Dr. Ina Walenda

Den Tierschutz im Kreis stärken, Antrag 3

Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 23.11.2023

TOP 7

Rendsburg, 20. November 2023

Sehr geehrte Frau Dr. Walenda,

die SPD-Fraktion im Kreistag Rendsburg-Eckernförde beantragt zu TOP 7:

Teilhaushalt 122120 „Ordnungsaufgaben Veterinäraufsicht“

Antrag 3 Den Tierschutz im Kreis stärken

Für die Tierschutzberatung zur Haustierhaltung wird ein Betrag von 20.000 € in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Die von den Tierschutzvereinen betriebenen Tierheime sind mit ihren überwiegend ehrenamtlichen Kräften angesichts der dramatisch gestiegenen Anzahl der in ihre Obhut übergebenen Tiere am Ende ihrer Möglichkeiten. Dabei stehen sie seit Jahren vor besonderen Hausforderungen. So stoßen die Tierheime zunehmend an bauliche Kapazitätsgrenzen. Die Corona-Pandemie, in der vermehrt Haustiere angeschafft wurden, hat diese Situation nochmals verschärft. Viele Haustierbesitzer fühlen sich überfordert – zeitlich und im Umgang mit den Tier, aber auch bedingt durch gestiegene Kosten. In der Folge werden Tiere abgegeben oder ausgesetzt, letzteres insbesondere wenn

die Tierheime mit Aufnahmestopps reagieren müssen. Hinzu kommt der Unterbringungsbedarf für Tiere aus Kriegsgebieten wie der Ukraine. Präventives Handeln soll in enger Zusammenarbeit mit den Tierschutzvereinen erfolgen, um durch Informationen z.B. über Veranstaltungen, Vorträge und Öffentlichkeitsarbeit über die Anschaffung und Haltung eines Haustieres zu beraten. Handelt der Kreis nicht, werden sich die Probleme überfüllter Tierheime mit der Folge ausgesetzter Tiere weiter verschärfen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ina Walenda
SPD-Fraktion